

Im Juni 2023 hat der Landesfrauenrat Baden-Württemberg seine Kampagne zur Kommunalwahl 2024 mit dem Clip <https://www.lfrbw.de/themen/kampagnen/> gestartet.

Sehr geehrter Herr Ranger,

1. Wie wollen Sie den Frauenanteil in den Kommunalparlamenten erhöhen?

Um mehr Frauen in die kommunalen Gremien zu bekommen, müssen sie auf den Wahlvorschlägen der Parteien und Wählervereinigungen besser vertreten sein. In Summe und mit Blick auf ihre Platzierung. Die SPD hat sich vor vielen Jahren verpflichtet, ihre Listen für die Kommunalwahlen im Reißverschlussverfahren (Frau/Mann/Frau/Mann) aufzustellen. Dies führt aufgrund unseres personalisierten Wahlsystems nicht automatisch zu paritätisch besetzten Fraktionen, hat den Anteil der Frauen unter den sozialdemokratischen Mandatsträger:innen jedoch gesteigert. Es gibt noch keine Rechtsgrundlage, paritätisch besetzte Listen vorzuschreiben. Deswegen kann man aktuell nur dafür werben und den gesellschaftlichen Druck erhöhen, Frauen auf Listen gut und ausgewogen zu platzieren.

2. Um gute Entscheidungen in der Kommunalpolitik zu treffen sind vielfältige Perspektiven nötig. Wie wollen Sie das sicherstellen?

Auch mit Blick auf Diversität im Allgemeinen fängt es bei der Aufstellung der Listen an. Und zwar mit Blick auf Geschlechter, Alter, den sozialen Hintergrund, Berufsgruppen, Zuwanderungsgeschichten und weitere Merkmale. Hier liegt wiederum eine große Verantwortung bei den Parteien und Wählervereinigungen. Und zwar nicht erst bei der Aufstellung der Listen, sondern schon im Vorfeld, wenn es darum geht, Menschen zu motivieren und zu befähigen, sich als Kandidat:in zur Verfügung zu stellen. Sinnvoll sind Programme von Städten und Kreisen, um Personengruppen, die in Räten aktuell unterrepräsentiert sind, durch Schulungen und Workshops gezielt anzusprechen. Eine vielfältige Perspektive kann auch durch die Einbeziehung von externem Sachverstand gestärkt werden. Hiermit meine ich Beiräte wie Jugendgemeinderäte, Inklusion- oder Integrationsbeiräte oder die Frauenräte, die es auf lokaler Ebene gibt und deren Expertise entweder innerhalb der regulären kommunalen Entscheidungsabläufe oder durch zusätzliche verbindliche Beteiligungsmöglichkeiten abgefragt und in die Entscheidungsfindung mit

eingebunden werden kann. Hier gilt es Frauen zu bestärken und zu unterstützen, damit sie es wagen, den Schritt vom meist sozialen Engagement in ein politisches Ehrenamt zu vollziehen.

3. Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen oder ergreifen Sie, um es auch Alleinerziehenden, der Handwerksmeisterin oder der Hausfrau möglich zu machen, an Kommunalpolitik mitzuwirken?

Die Vereinbarkeit von Familie und Mandat ist ein großes Thema. Viele Kommunen haben hier Maßnahmen ergriffen, wir brauchen aber mehr und es muss Standard werden. Dazu gehört die Erstattung von Betreuungskosten für Kinder oder zu pflegende Angehörige, das Anbieten von Kinderbetreuung z.B. bei Klausurtagungen, die familienfreundliche Ausgestaltung von Sitzungszeiten (sowohl Zeitpunkt der Sitzung als auch Sitzungseffizienz) oder die Etablierung hybrider Formate. Auch eine Vertretungsregelung während der Elternzeit muss diskutiert und geregelt werden.